

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Provinz bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 30.- M., vierteljährlich 90.- M.  
Die 10 tägige 32 mm breite Zeile 7.- M., außerhalb Sachsen 8.- M. Familien-Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 10 tägige An- und Gebühre die Zeile 5.- M. Vorzugsplätze laut Text. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1.- M.

Schreibweise und Sammelgebühren: Marienstr. 38/40.  
Druck u. Verlag von Olesch & Kellner in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftdrucke werden nicht aufbewahrt

## Die Auslandsanleihe in der Sackgasse.

### Die französischen Auslandschulden als Hinderungsgrund.

London, 6. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Wenn die Pariser, wie es wahrscheinlich ist, auf eine Verabreichung der deutschen Schuld als Vorbedingung für die Ausgabe einer Anleihe beharren, so werde in der Auslandsanleihe am Mittwoch nur berichtet werden, daß der Ausblick nicht in der Lage sei, eine Anleihe auszusprechen. Wenn in Frankreich gesagt werde, daß die Ausgabe einer internationalen Anleihe von der Winderung der französischen Forderungen abhängt, dann werde Frankreich lieber auf die Anleihe verzichten, als auf seine Forderungen. Es sei klar, daß der Augenblick für eine allgemeine Regelung noch nicht gekommen sei.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ bezeichnet die in gewöhnlich zur unterrichteten amerikanischen Kreisen verbreitete Ansicht, nach der die Franzosen bereit seien, eine Verminderung der deutschen Reparationschulden zu erwägen, wenn eine entsprechende Ermäßigung der französischen Schulden an die Alliierten eintreffe. Dies werde eine Beeinträchtigung der amerikanischen öffentlichen Meinung möglich machen. Wenn Amerika es ablehne, an einer allgemeinen Neuverteilung der Kriegsschulden teilzunehmen, so könnte ihm vorgeworfen werden, daß es Europa in seiner augenblicklichen Finanz- und Wirtschaftslage mit all ihren Gefahren für den Frieden der Welt belasse. — Der Finanzberichterstatter der „Times“ in New York schreibt dazu: Es bestehe unabweislich nicht die geringste Aussicht, daß die Vereinigten Staaten auf irgendwelche Forderungen an die Alliierten verzichten. Die erfolgreiche Aufnahme einer deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten sei außerdem unmöglich, solange die Reparationen sich in ihrer augenblicklichen unbestimmten Lage befinden.

### Der französisch-englische Garantievertrag.

Paris, 6. Juni. Der „Intransigent“ meldet, daß die Verhandlungen über den französisch-englischen Garantievertrag wieder aufgenommen werden. Der französische Botschafter in London hatte vor einigen Tagen eine Unterredung mit Lord Balfour. Im Laufe der Unterhaltung wurde dem Botschafter die Frage gestellt, ob Frankreich die Unterredungen bezüglich des französisch-englischen Vertrages wieder aufnehmen wolle und er wurde gebeten, diese Frage in durchaus klarer Weise zu beantworten. Daraufhin reiste der französische Botschafter, St. Aulaire, nach Paris, um Instruktionen zu holen. Es soll ihm von französischer Seite gesagt worden sein, daß Frankreich bereit sei, die Unterhandlungen wieder aufzunehmen, die unterbrochen wurden, weil Frankreich einige Änderungen an dem Projekt wünschte, über welche Briand in Genues unterhandelt hatte. Es sei ferner, schreibt der „Intransigent“, daß am 19. Juni die beiden Ministerpräsidenten über den Vertrag mündlich verhandelten und ebenso über die Frage der Reparationen und über die russische Frage.

### Deutsche Fragen in der italienischen Kammer.

Rom, 6. Juni. In der Kammer erklärte der Führer der katholischen Volkspartei, der deutsch-russische Vertrag sei eine Notwendigkeit für beide Länder und verlange die Aufhebung der Reparationsfrage, weil ohne Frieden am Rhein ein Frieden in Europa unmöglich sei. England und Italien seien der Aufhebung der Reparationsfrage günstig, ebenso Amerika. Der Redner bezeichnet ferner die Anwesenheit schwarzer Wehrtruppen in Rheinland als bedauerlich. Die öffentliche Meinung Italiens bilde das bedauerliche Frankreich, um Zurückziehung der schwarzen Wehrtruppen. Auch verlange Italien die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (S. 1. B.)

### Frankreich und die Haager Konferenz.

Paris, 6. Juni. Die bekannte französische Zeitschrift an die Alliierten und Neutralen hinsichtlich der Haager Konferenz beweist, daß sich der Standpunkt Frankreichs in dieser Frage nicht geändert hat. Die Zusammenkunft würde nach dem Pariser Memorandum nur dann erfolgreich arbeiten können, falls der Pariser Standpunkt über die russischen Schulden, das Privatigentum und dessen Rückeroberung allgemein angenommen werde. In diesem Zweck müßte aber das russische Memorandum vom 11. Mai zurückgezogen werden. Zu gleicher Zeit hat der belgische Außenminister Falser dem Brüsseler Vertreter des „Matin“ erklärt, daß sich die belgischen Sachverhandlungen auf der in London angenommenen Grundlage noch dem Voraussuchen werden.

## Führer des Volkes.

Von Oberst a. D. Richter.

Als mit dem deutschen Volke der Krieg, oder, wer das lieber hört, mit dem Kriege das deutsche Volk zusammenbrach, da trieb die ungeliebte Revolution vom 9. November 1918 Männer an die Oberfläche, die, ohne jede Eignung zum Regieren, sich zu Regierenden des deutschen Volkes erklärten. Sie waren nur Revolutionäre, wollten auch nichts anderes sein, nicht etwa Diener des ganzen Volkes, nicht Helfer des Vaterlandes vor feindlicher Unterjochung, sondern nur Diener der Parteien, die den Umsturz vorbereitet und durchgeführt hatten. Das war von ihrem engen Parteihandbunde aus natürlich, entschuldigbar; sie aber nicht einmal, vom Standpunkte der Revolution aus betrachtet, der für alle Zeiten mit dem Wafel der Preisgabe der vaterländischen Notwendigkeiten behaftet sein wird. Denn mehr als je galt es in jenen furchtbaren Tagen Deutschlands, auch nach dem Sturz der alten Regierungen, das ganze Volk zu nationaler Bewusstheit gegenüber dem Verhängnis der vor Deutschland's Toren liegenden Feinde zusammenzufassen. Das haben sie in unglücklicher Verblendung verabsäumt und damit schwerste, nie tilgbare Schuld auf sich geladen. Nicht der verlorenen Krieg an sich hat unser Vorfälter Schicksal besiegelt, sondern der Umstand, daß die Revolutionäre die Revolutionäre über die vaterländische Not stellten. Sie bekämpften den allein rettenden nationalen Gedanken und zerlegten die Volksgemeinschaft, die ihn durchsetzen sollte. Die Fällungsgast des jetzt noch im Grabe ruhenden herrlichen Ministerpräsidenten Eisner konnte nur auf dem Boden solcher Revolutionen das Nationalgefühl des französischen Volkes aus höchster Anfechtung und Frankreich den Sieg in den Koalitionskriegen brachte, im Gegensatz auch zu der entsetzlichen russischen Revolution, die katastrophale, die trotz aller wahnwitzigen Verböden das niedergedrückte Volk des Ostens zu entschlossenem Widerstand gegen feindliche Einmischung zusammenballte, trotz sich die deutsche Revolution in einer pervertierten Richtung und Verfolgung des Nationalgedankens aus. Dadurch ließen die Revolutionäre das deutsche Volk dem Schicksal der Feinde aus. Diese Tatsache wird der November-Revolution und ihren Trägern von unserem Volke nach seinem Erwachen aus tiefer Verblendung und von der Weisheit nie verziehen werden. Aber nicht mit den Revolutionären soll hier gerechnet werden, sondern mit denen, die nach der Revolution verfassungswidrige Zustände die Regierung übernahmen.

Sowohl durch die Verfassung des Reiches wie durch diejenigen der einzelnen Freistaaten steht die Idee, daß die durch den Willen des gesamten Volkes gewählten Regierungen dem ganzen Volke zu dienen haben, nicht einer einzelnen Partei oder Klasse. Die jeweiligen Minister, die bei Antritt ihrer hohen Ämter diesen Verfassungssatz im Bewusstsein haben, legen sich durch ihren Eid auf diesen Grundgedanken, legen sich durch ihren Eid auf diesen Grundgedanken verpflichten. Sie werden die daraus erwachenden Verpflichtungen sein. Sie werden Diener des ganzen Volkes. Nun treibt zwar die blutleere, rein formale Auslegung unserer im Extrem verzerrten demokratischen Verfassungen fast nur Parteimänner in die Ministerstellen, und mit dem Schein des formalen Rechtes können sie sich in ihrer Ministerberuflichkeit auf ihre Parteirollen berufen. Aber dem Sinne und dem Geiste der Verfassung entspricht das nicht. Minister solcher Gesinnung befinden sich im Widerspruch zum tiefsten Willen der Verfassung und verletzen das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes, das von seinen Regierenden völlig neutrale und unparteiische Haltung verlangt. Minister, die sich nur als Parteibeauftragte betrachten und ihre Amtsgewalt vorwiegend zur Förderung der Partei, die sie auf den Schild erheben und zur Verewaltigung der auf anderen Standpunkt stehenden Volksteile mißbrauchen, verletzen auf schwerste ihre Pflichten.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben in allen Regierungen Deutschlands — von Sachsen völlig zu schweigen — die Radikalsocialdemokraten dem Sinne der Verfassung und dem Volksbewußtsein nicht Rechnung getragen, sondern der rein formalen Auslegung der Verfassung gehuldigt. Deshalb wird das deutsche Volk überwiegend von Parteien, nicht aber von freien, unabhängigen Männern des ganzen Volkes dienenden Männern regiert. Hierin Änderung zu schaffen, ist notwendig, nicht nur im Interesse der an die Wand gedrückten und verarmten Volksteile, sondern im Interesse des Volksganzen. Sie bei uns in Sachsen zu erzielen, ist der Sinn des jetzt in die Wege geleiteten Volksentscheides. Doch sind die schärfsten Vorgänge nur eine Einzeläußerung der Abneigung des gesamten deutschen Volkes gegen die fast überall gezeigte Regierungsweisheit. Sie besteht nicht allein in den sogenannten bürgerlichen Kreisen, sondern ebenso stark, wenn auch nicht sich offen vorwiegend, in der sozialistisch geführten Arbeiterkraft. Sie steht das Fazit aus dem Verlaufe der Ereignisse und den Versprechungen der Sozialdemokratie. Sie empfindet den Versöhnungsterror genau so wie die anderen Volksteile. Sie fühlt das Unnütze des Klassenkampfes immer mehr und ringt sich allmählich zu der Ueberzeugung durch, daß das Wohl des Arbeitnehmers abhängt und eng verknüpft ist mit dem Gedeihen des Unternehmens. Daß es deshalb ein Verbrechen an ihr selbst ist, wenn sie zur Vernichtung des Unternehmens gezwungen wird. Und vor allem erkennt auch sie, im Hinblick auf das Verfallener Schandwert und auf die rücksichtslos gearteten Franzosen, daß die internationale Verbrüderung, die ihr von der Sozialdemokratie gepredigt wurde und noch wird, eitel Wahn und Dingdank ist. Sie bekennt sich auf ihre nationalen Rechte und Pflichten, an deren Ausübung sie durch sozialistischen Trud verhindert wird.

In seiner Gesamtheit verurteilt das deutsche Volk die Unzulänglichkeit der jetzigen Parteiregierungen. Deshalb wird der Schrei nach wahren und wahrhaftigen Führern täglich vernehmbarer. Er wird sich trotz aller Widerstände der Parteihelden durchsetzen. Wir können nicht hoffen, daß uns das Schicksal bald wieder einen Bismarck schenkt. Bismarcks wachsen nicht alle Tage auf deutscher Erde. Er war

## Die Bedeutung der Schutzbundtagung in Ostpreußen.

(Von unserem Mitarbeiter)

Allenstein, 5. Juni.

Der Allensteiner Tagung muß man das Zeugnis ausstellen, daß sie nicht nur gut unterrichtet ist, sondern die absolute Notwendigkeit des Schutzbundes zu erweisen hat. Neue feste Bande sind geknüpft worden; denn die Tagung war getragen vom Geiste großer Einmütigkeit, und es ist eine Vermittlung, schließlich zu können, daß Personen aller bürgerlicher Lager nicht nur, sondern auch solche sozialistischer Parteistellungen den Sitzungen beiwohnten und in persönlicher, gefälliger Gedankenaustausch einander nähertraten. Namentlich in den Abendstunden fanden zahlreiche landmannschaftliche oder durch andere Momente bestimmte Sonderveranstaltungen statt, auf denen es zu reger und lebhafter Aussprache kam.

In den Vorträgen fanden die Vertreter der begreiflicherweise an der ersten Stelle. Sind die Deutschen in der ehemaligen Ostpreußen-Monarchie ihrer Zahl und ihrer sozialen Position nach doch die erprobten und vorausbestimmten Vorkämpfer des Auslands- und Grenzlandsdeutschtums und daher besonders berufen, vorbildlich in ihrem Abwehrkampf zu wirken. Daneben behauptete natürlich die eigentliche Pflicht in engem Zusammenhang mit dem ost- und westpreussischen Problem ihr besonderes Recht und kam in wirkungsvoller Weise zum Ausdruck.

Gleich der programmatische Melancholie durchdrachte und disponierte Vortrag von Dr. v. Voich über „Entscheidung und Abwehr“ hatte die Versammlung vor die ganze Fülle der Probleme, zu denen es Stellung zu nehmen gilt.

### Die Methoden des Kampfes gegen das Deutschtum

werden — so etwa sind die Grundgedanken — von der Siedelungslage, der Dichte, des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Eigenlebens der uns feindlichen Nachbarn bestimmt. Der Zweck des Kampfes ist Raumgewinn. Bei den linderarmen Völkern (Frankreich und Ungarn) liegt diesem Streben ausschließlich Wachtgier zugrunde. Da eine Auslösung der deutschen Minderheiten durch Zuwanderung mangels eigenen Reichentums auf Entbehrung dieser Völker nicht möglich ist, so werden zur Entdeckung der bodenständigen Bewohner Gewaltmittel angewendet. Wird hierdurch der Widerstand gehärtet, so sucht man ihn mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Durch Propaganda soll die Seele der bodenständigen Bewohner dem Stammvolke entfremdet und dem Staate des Fremdvölkers, seinem politischen und geistigen Leben gewonnen werden. Bei denjenigen Auslandsdeutschen, die den jungen, im Laufe des 19. Jahrhunderts ihrer Nationalität bewußt gewordenen linderreichen Völkern der Rand- und Nachfolgebstaaten gegenüberstehen, arbeiten die neuen Staatsvölker, die fast ausschließlich wirtschaftlich mehr weniger entwickelt sind, als die in den neuen Staat hineingepreßten Deutschen, fast ausschließlich mit den brutalsten Mitteln der Verewaltigung des Wirtschaftapparates. Diese Minder-

heiten sollen nicht gewonnen, sondern gefügig gemacht werden. Die gefügige Verewaltigung spielt hier nur eine nebensächliche Rolle.

Auf dieser von Dr. von Voich aufgestellten Basis entwickelte sich dann in den Tagungen eine überaus rege und tiefgehende Aussprache in Form von Sonderberichten und gelegentlichen Debatten. Die Probleme des internationalen Minderheitenrechtes und des internationalen Minderheitenkampfes können, von der Rechtsfrage abgesehen, auf eine Lösung erst dann rechnen, wenn gründliche Aufklärungsarbeit getan wird, wenn man von dem gefühlsmäßigen Schlagwort zum realen Boden der Tatsachen gelangt, die zahlenmäßige Stärke oder Schwäche der eigenen Volksgenossen wie der Gegner, die wirtschaftlichen Kräfte und Gegenkräfte und die Art ihrer Ausnutzung oder Abwehr, die feindlichen Methoden, vornehmlich die französischen, kennenlernt, die Möglichkeiten, Bundesgenossen im Kampf zu gewinnen, einen Zusammenhangs gleichbedeutender Völkern über die Grenzen hinaus, ja mit bedrohten anderen Nationalitäten erwägt, und sich über die Ausnutzung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker und des Völkerbündensgedankens klar wird.

### Die wirtschaftlichen Kämpfe gegen die deutschen Minderheiten.

Haben sich doch unter dem Deckmantel sozialer Agrarreformgesetze und unter der Parole der Bodenreform die neuen Rand- und Nachfolgebstaaten die Mittel geschaffen, um die vornehmlich auf reichem Bodenbesitz beruhende wirtschaftliche Stärke und die völlige Widerstandskraft der deutschen Minderheiten zu brechen. Überall daselbst erschütternde Bild der Rechtsbeugung und des bewußten Eingriffs in die Unantastbarkeit des Privatigentums in der Tschekel und Rumänien, in Lettland und Estland, in Polen, bald mit einem düstigen Mantelchen als soziale Staatsbedürftigkeit drapiert, bald auch dieses jählich von sich werfend. Die Agrarreformgebung dieser Neustaaten ist einfach eine politische Waffe geworden, durch die selbst so stark abgeschlossene und ichtselbige Siedlungen, wie die der Siebenbürger Sachsen oder des baltischen Grundbesitzes, vernichtet werden sollen bzw. vernichtet worden sind.

Aus all den Reden und Darstellungen, so düster die Lage nur zu oft auch war, die gezeichnet werden mußte, klug nun aber in erhebender und einmütiger Stärke das feste Erkennen, daß uns nicht staatliche Hilfe, selbst wenn sie möglich wäre, helfen kann, sondern nur Selbstbesinnung und feste Organisation zu eigener Arbeit. Sittliche und wirtschaftliche Waffen von großer Macht und Stoßkraft können wir schmieden, wenn wir einig werden und das Völkertum sich mit dem Gedanken durchdringt, daß es keine eigenen Lebensaufgaben erfüllt, wenn es das Auslands- und Grenzlandsdeutschtum nicht und kräftig — von ihm lernt, wie man kämpfen muß! Daß die Allensteiner Tagung diese Erkenntnis vertieft und verbreitert hat, ist ihr großes Verdienst, für das ihr alle dankbar sein ist ihr großes Verdienst, für das ihr alle dankbar sein müßten, die sich zu dem Wort bekennen: Die heilige Vaterlandsliebe gibt einem jeden erst den wahren Geist! Dr. S.